

„Wär hät's erfunde?“

Sicherung des Forschungs- und Innovationsplatzes Schweiz

Verabschiedet vom Parteivorstand am 26. Oktober 2012 in Luzern

Einführung

Die Schweiz belegt seit Jahren im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz bei Innovationsindizes. Aber die Konkurrenz – insbesondere durch die aufstrebenden Märkte – ist riesig. Zum Beispiel sind zwischen Januar und August 2012 dem Werkplatz Schweiz 5000 Stellen verloren gegangen. Nicht weniger als 1765 Stellen oder 35% der abgebauten Stellen betreffen alleine die Pharmaindustrie. Wenn aber die produzierende Industrie wegbreicht, wird es schwierig, die Forschung in der Schweiz zu behalten. Die Spitzenforschung und die Innovationskraft der Schweiz sind damit gefährdet.

Die CVP setzt sich dafür ein, dass die Forschung und Innovation in der Schweiz bleiben. Bildung, Forschung und Innovation sind die wichtigsten Ressourcen unseres Landes, und sie werden zunehmend zu Schlüsselfaktoren in der globalen Welt.

Um den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz nachhaltig zu stärken und gegen die ausländische Konkurrenz zu rüsten, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Genügend und gut ausgebildete Fachkräfte,
2. international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen und
3. Anreize und Förderung durch den Staat.

1. Genügend und gut ausgebildete Fachkräfte

Die Qualität unseres Bildungssystems hat der Schweiz zu Wohlstand verholfen und ist ein entscheidender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Seit einiger Zeit mangelt es in der Schweiz aber an gut ausgebildeten Fachkräften im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie im Gesundheitsbereich. Dabei fehlt es nicht nur an Personal mit Hochschulabschluss sondern auch an Berufsfachleuten mit praktischer Ausbildung.

Die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft hängt wesentlich davon ab, ob genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Ein Fachkräftemangel wirkt sich unter anderem auf die Lohnentwicklung und die Zuwanderung aus. Um diesem Mangel entgegenzuwirken, muss die Bildungs- und Forschungspolitik verstärkt kompetenten Nachwuchs fördern sowie das Bildungsniveau der Bevölkerung durch Nach- und Höherqualifizierung steigern.

Die CVP sieht drei Handlungsbereiche:

- Stärkung des dualen Bildungssystems
- MINT-Förderung
- Akquirieren der besten internationalen Talente

1.1 Stärkung des dualen Berufsbildungssystems

Mit der Kombination einer qualitativ hochstehenden schulisch-akademischen Bildung und einer in der Gesellschaft verankerten, leistungs- und arbeitsmarktorientierten Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein weltweit einzigartiges duales Bildungssystem. Die Sicherstellung dieses breiten, vielfältigen und durchlässigen Bildungsangebots gehört zu den Standortvorteilen der Schweiz.

- Die Berufsbildung darf nicht weiter akademisiert werden und muss attraktiv bleiben. Die CVP fordert einen verstärkten Einsatz zur besseren nationalen und internationalen Anerkennung der Berufsbildungsabschlüsse, insbesondere der Abschlüsse der höheren Berufsbildung.
- Auf dem Werkplatz Schweiz befinden sich viele ausländische Unternehmen mit ausländischen Entscheidungsträgern. Diese müssen verstärkt für die Belange der schweizerischen Berufsbildung gewonnen werden (Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft).
- Generell muss unser duales Bildungssystem international bekannt und gefördert werden. Staat und Wirtschaft können hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten, beispielsweise durch die Zusammenarbeit auf Ministerebene, im Rahmen des Kopenhagen-Prozesses oder den Austausch von Lernenden in internationalen Firmen. Der Einbezug von Schweizer Auslandsschulen ist wünschenswert.
- Bestehende Bildungsinstitute müssen mit der Zeit gehen. Neue Berufsfelder sollen zügig gemäss dem Bedarf der Wirtschaft ins Ausbildungsangebot aufgenommen werden.

1.2 MINT-Förderung

- Um dem akuten Mangel an Fachkräften im MINT-Bereich entgegenzuwirken, hat die CVP eine Bundes- und Kantonsoffensive lanciert, welche eine gezielte Förderung eben dieser Schulfächer in der obligatorischen Schule und in den Gymnasien fordert:
 - 11.4104 – Motion Schneider-Schneiter (CVP). Stärkung des Bildungssystems im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik
 - Kantonale CVP-Vorstösse in den Kantonen BL, BS, SO, JU, VS, SG und LU, damit die Kantonsregierungen die MINT-Fächer prioritär behandeln.
- Die Ausbildung und die Unterrichtskompetenz der Lehrkräfte im Bereich Naturwissenschaften müssen verbessert werden. Attraktive und zeitgemässe Lehrmittel in Naturwissenschaften sowie praxisbezogene Beispiele und Versuche helfen den Lehrpersonen, das Interesse und die Begeisterung der Kinder und Jugendlichen für Naturwissenschaften und Technik zu wecken und zu fördern. Dies ist vor allem auf Primarschulstufe immens wichtig, da auf dieser Stufe bereits die Bahnen gelegt werden für die zukünftigen Interessen der Kinder und Jugendlichen. MINT-Förderungsprogramme, wie zum Beispiel das Mobilab und das MINT-Programm der Pädagogischen Hochschule St. Gallen, sind zu unterstützen.
- Der Frauenanteil in den MINT-Fächern ist in der Schweiz im Vergleich zum Ausland gering. Deswegen ist ein spezieller Fokus auf die spezifische Förderung von Mädchen im MINT-Bereich zu setzen.

1.3 Akquirieren der besten internationalen Talente

Viele bekannte Schweizer Unternehmen wurden von Ausländern gegründet oder aufgebaut (Nestlé, Swatch Group, ABB, etc.). Sie haben massgeblich zum Wohlstand der Schweiz beigetragen. Doch der Kampf um die besten Talente verschärft sich weltweit. Weiter werden im Bereich der Forschung und Innovation internationale Kooperationen immer wichtiger. Möchte die Schweiz weiterhin für hochqualifizierte Ausländerinnen und Ausländer (auch aus Nicht-EU/EFTA-Staaten) attraktiv bleiben, dürfen deren Einreisevorhaben nicht wegen Kontingentsbeschränkungen schon an der Schweizer Grenze scheitern.

- Dank des Vorstosses von CVP-Nationalrat Jacques Neiryck können seit 2010 Ausländerinnen und Ausländer mit einem Schweizer Hochschulabschluss in der Schweiz bleiben, wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist. Sie erhalten nach dem Abschluss ihrer Aus- oder Weiterbildung einen vorläufigen Aufenthalt von 6 Monaten, um eine entsprechende Erwerbstätigkeit zu suchen.
- Mittelfristig fordert die CVP, dass die Niederlassungen von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmenden und Doktorierenden gesteuert wird. Dazu bedarf es eines Punktesystems analog dem kanadischen Modell. Im Sinne dieser selektiven Swiss Card entscheiden Kriterien wie Ausbildung, Sprachkenntnisse, Arbeitserfahrung, Alter und eine allenfalls bereits gefundene Anstellung darüber, ob die betreffende Person eine Arbeitserlaubnis in der Schweiz erhält.

2. International konkurrenzfähige Rahmenbedingungen

Die Schweiz muss Forschungsunternehmen international konkurrenzfähige Rahmenbedingungen bieten. Es gilt, die Schweiz als international hochwertigen Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort zu stärken!

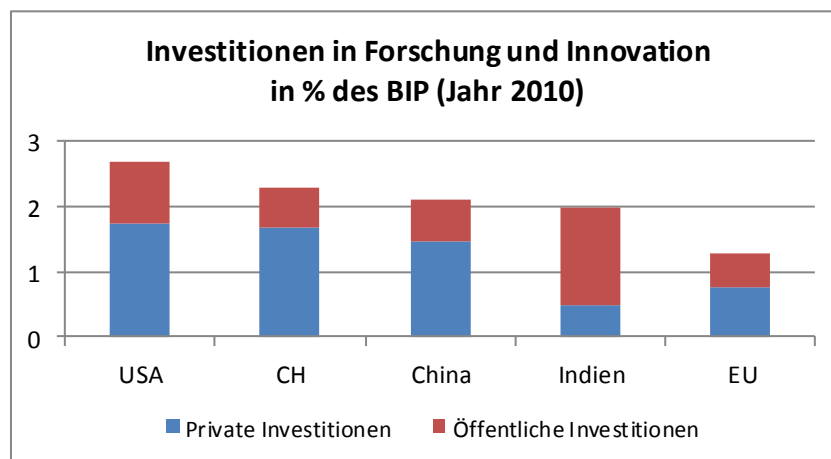
- CVP-Nationalrat Luc Barthassat hat bereits ein Massnahmenpaket gefordert, welches den Bundesrat beauftragt, die Spitzenposition der Schweiz bei den Verfahren zur Genehmigung von klinischen Studien und zur Zulassung und Rückerstattung von Medikamenten sicherzustellen (11.3910 – Motion Stärkung der Schweiz als Forschungszentrum und Pharmastandort).

Im Bereich Chemie und Biologie sind die führenden Schweizer Universitäten weltweit mit an der Spitze. In der klinischen Forschung ist dies teilweise nicht mehr der Fall. Die Qualität der Ausbildung klinischer Forscher genügt in einigen Bereichen den höchsten Ansprüchen nicht mehr.

- Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung von Medizinischen Fakultäten, Universitätsspitalern und der Clinical Trial Units (bereits bestehende interdisziplinäre Kompetenzzentren für klinische Forschung) zur Verbesserung der Ausbildung klinischer Forscher und der Ressourcenausstattung der öffentlichen klinischen Forschung.
- Neben der Unterstützung der Grundlagenforschung ist eine vermehrte Projektfinanzierung der translationalen Forschung in der Medizin – das heisst der Schnittstelle zwischen präklinischer Forschung und klinischer Entwicklung – durch den Nationalfonds zu prüfen.

3. Anreize und Förderung durch den Staat

Die Schweiz als Wissensnation ist auf überdurchschnittliche Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowohl durch die Privatwirtschaft wie auch den Staat angewiesen. Der private Sektor gibt 10 Milliarden pro Jahr für die Forschung aus. Im Vergleich zum Ausland steht die Schweiz zur Zeit mit ihren Investitionen in Forschung und Innovation hinter den USA aber vor China, Indien und der EU (vgl. Grafik). Aber der zunehmende Kostendruck und das hohe Kostenniveau der Schweiz stellen grosse Herausforderungen dar. Die Rahmenbedingungen in der Schweiz müssen so ausgestaltet sein, dass die privaten Forschungsgelder nach wie vor in der Schweiz bleiben.



- CVP-Nationalrat Luc Barthassat hat den Bundesrat aufgefordert, eine Gesetzesänderung auszuarbeiten, nach welcher junge, innovative Unternehmen steuerlich begünstigt werden. Unter anderem könnte darin eine ermässigte Besteuerung von Investitionen in solche Unternehmen vorgesehen werden (12.3598 – Motion Steuerliche Starthilfe für junge, innovative Unternehmen).
- Für die Unternehmen, welche grosse Innovationsbestrebungen aufweisen und laufende Forschungs- und Entwicklungsprojekte haben, fordert die CVP steuerliche Entlastungen in Form von Steuergutschriften.
- Damit für die Grundlagenforschung mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, hat sich die CVP für die Erhöhung des Bildungs-, Forschungs- und Innovations-Budgets 2014-2017 eingesetzt. Die CVP erwartet von den Hochschulen und vom Schweizerischen Nationalfond, dass diese zusätzlichen Mittel vorwiegend den Naturwissenschaften und der Medizin zur Verfügung gestellt und damit gezielt nach Bedarf des Standortes Schweiz eingesetzt werden.
- Die Standortattraktivität der Schweiz soll durch gezielte Massnahmen zum Schutz des geistigen Eigentums verbessert werden. Dazu soll der Patentschutz gestärkt und gegen Piraterie vorgegangen werden.
- Es gilt die Schweizer Interessen im Bereich des Patentschutzes auch international zu verteidigen. Bei Ländern, die den Patentschutz nicht hinreichend gewährleisten, soll auf ein Freihandelsabkommen verzichtet werden.